

Zukunft gestalten, tatkräftig investieren – für ein starkes und modernes Baden-Württemberg

Gewerkschaftliche Anforderungen an den Doppelhaushalt 2025/26

Der Prozess, den Doppelhaushalt 2025/2026 aufzustellen, hat begonnen. Ende Februar trafen sich Grüne und CDU zur Auftaktsitzung der Haushaltskommission. Wir sagen: Der nächste Haushalt darf kein Sparhaushalt werden! Denn es geht um unsere Zukunft!

Wir wollen ein starkes und modernes Baden-Württemberg:

mit guten Arbeitsplätzen, einer wettbewerbsfähigen Industrie und einem chancengerechten Bildungssystem. Betriebe und Beschäftigte brauchen Perspektiven, wie die Megathemen Transformation, Digitalisierung und Demographie angepackt werden können. Damit unsere Industrie innovativ bleibt und Arbeitsplätze im Land gehalten werden.

Das Fundament hierfür ist ein leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst. Da gibt es viele Baustellen – von der Personalbemessung über die Einführung von KI bis zur Frage nach der gerechten Bezahlung.

Der nächste Doppelhaushalt bietet die Chance, ein Leitbild „Baden-Württemberg 2030“ zu entwickeln. Klar ist: Die Umsetzung gibt es nicht umsonst. Hierfür braucht es mehr öffentliche – und auch private – Investitionen. Mit einer scharfen Schuldenbremse in der Landesverfassung ist eine zukunftsgerichtete und generationengerechte Politik nicht zu machen. Eine Reform der Schuldenbremse, wie sie von führenden Ökonomen gefordert wird, würde den Weg frei machen für mehr Investitionen: in die teilweise sträflich vernachlässigte Infrastruktur und eine soziale Gestaltung der industriellen Transformation hin zu Klimaneutralität. So kann die Politik die Menschen mitnehmen und ihnen Perspektiven vermitteln. So kann soziale Spaltung überwunden werden und ein gesellschaftlicher Aufbruch gelingen.

Mit den nachfolgenden Impulsen formuliert der DGB Baden-Württemberg erste Anforderungen an den nächsten Haushalt des Landes Baden-Württemberg. Wir stehen für ein zukunftsgerichtetes Baden-Württemberg, wir machen das Land #bwgerecht.

Regionale Transformationsnetzwerke erhalten

Aktuell fördert die Bundesregierung sechs regionale Transformationsnetzwerke in Baden-Württemberg (Region Stuttgart-Neckar-Alb, Region Ostwürttemberg, Region Nordschwarzwald, Region Schwarzwald-Baar-Heuberg, Region Heilbronn-Franken und Region Allgäu-Bodensee). Die Förderung läuft noch bis zum 30. Juni 2025. Da eine Weiterförderung auf Bundesebene nicht sicher ist, aber die Transformation der Regionen noch lange nicht abgeschlossen ist, ist es notwendig, dass das Land hierfür Mittel bereitstellt.

Energiewende vorantreiben, Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stärken

Um die Herausforderungen der Transformation meistern zu können, benötigen Unternehmen in Baden-Württemberg Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen, dies gilt insbesondere für energieintensive Unternehmen (etwa in der Chemiebranche, bei der Papierherstellung, in der Lebensmittelindustrie und in Gießereien). Essenziell ist der Ausbau erneuerbarer Energien, der Netze und Investitionen in Speichertechnologien. Hierfür sollten mehr Mittel im Landeshaushalt vorgesehen werden. Ein weiterer Schlüsselfaktor ist die Wasserstoffwirtschaft im Land. Dafür braucht es eine bessere Infrastruktur, auch abseits des derzeit geplanten Kernnetzes, damit weite Teile der Industrie auf Wasserstoff umstellen können.

Weiteres wichtiges Kriterium für eine gelingende Transformation ist der Erhalt und Ausbau von Infrastrukturen, in den Bereichen Verkehr, Digitalisierung und Bildung. Im Verkehrsbereich sind hier als Landesaufgabe insbesondere die Landesstraßen zu nennen, die es zu ertüchtigen gilt. Bei Bildung und Digitalisierung müssen Schüler*innen frühzeitig auf die sich ändernden Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Deshalb muss dafür gesorgt werden, die digitale Ausstattung in den Schulen und in den beruflichen Schulen deutlich zu verbessern. Auch braucht es mehr und spezifisch auf digitale Anforderungen ausgebildete Lehrkräfte.

Für eine handlungsfähige Gewerbeaufsicht

Nur eine handlungsfähige Gewerbeaufsicht kann einen wirksamen Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes gewährleisten. Insbesondere kleinere und mittelgroße Unternehmen, wie im Gastgewerbe und im Handwerk, werden nur äußerst selten durch die Gewerbeaufsicht beraten und kontrolliert. Hierfür fehlt schlicht das Personal. Mit einer Verdoppelung der Stellen in den zuständigen Ämtern im Land könnte eine kontinuierliche Kontrolle gewährleistet werden. Davon profitieren alle: Die Beschäftigten und der Betrieb, indem Arbeitsunfälle und -ausfälle vermieden werden.

Sozialen Wohnungsbau stärker fordern

Das Land sollte die Wohnungsbaumittel auf eine Milliarde Euro jährlich verdoppeln. Damit diese Summe erreicht wird, muss die Landesregierung die Fördermittel des Bundes weit stärker als bisher aufstocken. Die Gelder sind vorrangig für den sozialen Wohnungsbau einzusetzen. Zum einen ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum weiterhin sehr hoch. Um ihn zu decken, müssen jedes Jahr mindestens 70.000 Wohnungen neu gebaut werden, davon 13.000 Sozialwohnungen. Zum anderen gilt es, angesichts der aktuellen Krise im Hochbau durch gezielte Investitionen Beschäftigung zu sichern: in der Bauwirtschaft, im Handwerk und in den von der Baukonjunktur abhängigen Branchen wie bei den Hausgeräteherstellern.

Auch soll das Programm „Junges Wohnen“ für Auszubildende durch das Land finanziell mit einer fünfzigprozentigen Gegenfinanzierung zu den Bundesmitteln abgesichert werden. Wohnraum für Auszubildende ist eine wichtige Maßnahme zur Fachkräftegewinnung und -sicherung und damit für die Wirtschaft gerade in Ballungsgebieten von hoher Relevanz.

Mehr Geld für Schiene und ÖPNV

Wenn das Ziel der Landesregierung, die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 zu verdoppeln, erreicht werden soll, muss dauerhaft deutlich mehr Geld in die Mobilitätswende fließen: In die Infrastruktur und in die Arbeitsbedingungen des Personals. Denn ohne ausreichend Fahrer*innen kein ÖPNV. Eine Nahverkehrsabgabe, die die Menschen im Land zusätzlich belastet, ist keine Lösung. Der Ausbau des Schienennetzes und des ÖPNVs sind eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern, ebenso wie die dauerhafte Finanzierung des Deutschlandtickets. Baden-Württemberg sollte sich für einen Investitionsschub hin zu klimafreundlichem Verkehr stark machen.

Lehrkräfte an Grund- und Haupt/Werkrealschulen besser bezahlen

Baden-Württemberg zählt zu den drei Bundesländern, die bisher den Grundschullehrkräften und einem Teil der Haupt-/Werkrealschul-Lehrer*innen eine Bezahlung nach der Gehaltsgruppe A13/E13 verweigern. In allen anderen Schulformen erhalten Lehrkräfte nach Studium und Referendariat diese Eingruppierung, neu eingestellte Lehrkräfte in Haupt-/Werkrealschulen auch. Verbeamtete Haupt-/Werkrealschullehrkräfte, die vor 2017 eingestellt wurden, werden meist nur nach A12 besoldet. Als Angestellte sind sie in der Entgeltgruppe (E)11 des Tarifvertrages der Länder (TVL) eingruppiert. Im Schnitt verdienen diese Pädagog*innen rund 400 bis 500 Euro im Monat weniger als die Lehrkräfte mit A13/E13.

Einführung der zweigeteilten Laufbahn mit Eingangsamt A 11 und Durchschlüsselung des gehobenen Dienstes

Es gehört zu einer gerechten Bewertung des Polizeiberufes, dass dieser entsprechend seiner verantwortungsvollen Tätigkeit aufgewertet wird. Mit einer zweigeteilten Laufbahn würde der Polizeivollzugsdienst laufbahnmäßig ausschließlich dem gehobenen und höheren Dienst zugeordnet. Konkret bedeutet dies ein Eingangsamt für den Polizeidienst bei A 11. In der Folge muss die Stellenausstattung des gehobenen Dienstes so angepasst werden, dass sie zu den Laufbahnen der Beamt*innen passen. Mit diesem Schritt würde die Attraktivität des Polizeiberufes weiter gestärkt. Andere Bundesländer sind bereits mit gutem Beispiel vorangegangen.

Brand- und Katastrophenschutz „made in the Länd“

In Baden-Württemberg sind rund 3.000 Beschäftigte bei Herstellern und Zulieferer von Brand- und Katastrophenschutz beschäftigt, für die ein Tarifvertrag der IG Metall gilt. Aktuell geraten diese Unternehmen immer mehr unter Druck durch Unternehmen, für die nicht die gleichen Rahmenbedingungen gelten. Damit der Druck auf die Arbeitsbedingungen nicht weiter steigt, ist es notwendig, dass die Landesregierung ihren Zuschuss zu den Fahrzeugen erhöht. Ziel muss sein, dass die Kommunen sich nicht für das billigste Angebot entscheiden, sondern für Angebote aus tarifgebundenen Unternehmen. Und damit gute Arbeit aus Baden-Württemberg fördern.

Forschung zur Arbeitswelt dauerhaft fördern

Der DGB hat sich dafür eingesetzt, am Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur an der Universität Tübingen die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt zu schaffen. Die Kooperationsstelle soll den Dialog zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt im Land intensivieren. Doch diese Stelle ist befristet. Eine dauerhafte und an mehreren Universitäten angesiedelte Arbeitsforschung könnte wertvolle Impulse für Politik, Wirtschaft und Arbeitswelt geben.